

BRAUNSCHWEIG

ABSICHTSERKLÄRUNG

zwischen

- der Stadt Braunschweig
- der Braunschweiger Baugenossenschaft eG
- der Nibelungen-Wohnbau-GmbH
- der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG
- der Polizeiinspektion Braunschweig und
- dem Braunschweiger Präventionsrat

*zur Zusammenarbeit im Rahmen der
Berücksichtigung sicherheitsrelevanter
Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft
zur vorbeugenden Kriminalitätsverhütung*

*Die hier vorliegende Absichtserklärung ist hervorgegangen aus dem
Forschungsprojekt „transit – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für
Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“ des Landeskriminal-
amt Niedersachsens und des Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).*

*Dieses Verbundprojekt wurde im Rahmen des Programms „Forschung
für die zivile Sicherheit“, Bekanntmachung „Urbane Sicherheit“
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in den Jahren
2013 - 2016 gefördert.*



Städte sind von Diversität, Vielseitigkeit und Gegensätzen geprägt. Für die Einen bietet Urbanität ein Lebensgefühl der Freiheit, Offenheit und Unabhängigkeit, auf die Anderen wirkt sie chaotisch und laut. Mancherorts führen Delikte und Ordnungsstörungen zu einer Beeinträchtigung des nachbarschaftlichen Miteinanders. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Ansätze zur Sicherheit durch Stadtgestaltung und Management. Gefahrenorte und Angsträume als Spiegelflächen objektiver Gefahren und subjektiver (Un)Sicherheit sind nicht zwangsläufig konsistent. Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit zählt für alle Menschen zu den Grundbedürfnissen und hat für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger einen sehr hohen Stellenwert. Die Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte dient dabei als Impulsgeber für mehr Lebensqualität. Um die Sicherheit in all ihren Facetten zu erfassen, sind präventive Aktivitäten zwischen den Akteurinnen und Akteuren abzustimmen. Anforderungen, Probleme, konkrete Orte oder Themen können aus unterschiedlichen Disziplinen formuliert werden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass eine Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure aufgrund der Komplexität der Thematik notwendig ist, wird folgende gemeinsame Absichtserklärung abgeschlossen.

- Die Stadt Braunschweig,
- die Wohnungsunternehmen: Braunschweiger Baugenossenschaft eG, Nibelungen-Wohnbau-GmbH und die Baugenossenschaft Wiederaufbau eG
- die Polizei vertreten durch die Polizeiinspektion Braunschweig
- und der Braunschweiger Präventionsrat

beschließt vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklungen in Städten und Wohnquartieren und der prognostizierten demografischen Alterung, der ethnisch-kulturellen Heterogenisierung und der sozialräumlichen Polarisierung künftig schon durch baulich/planerische Konzepte die Tatgelegenheitsstruktur für mögliche Täterinnen und Täter zu minimieren und die Wohn- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu erhöhen.

Daher wird im Rahmen einer frühzeitigen Zusammenarbeit eines Kompetenzteams angestrebt, fachspezifische Kenntnisse in einen interdisziplinären Diskurs zu bringen. Das bedeutet, dass die Kenntnisse des Kompetenzteams zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Baupleitlanung einfließen sollen. Dies soll in einem dialogischen Verfahren auf der Arbeitsebene geschehen. Darüber hinaus können auch bei bestehenden baulichen Gegebenheiten durch Abstimmung und Ergänzung sowie der städtebaulichen und sozialen Maßnahmen weitere Synergieeffekte erzielt werden.

Um die Beteiligten bereits in die Planung einzubeziehen, vereinbaren die unterzeichnenden Parteien unter Beachtung einer gemeinsamen Zielsetzung folgende Vorgehensweisen:

- Bei anstehenden Themen in der Primärprävention (Feststellen sicherheitsrelevanter Kriterien in der Planungsphase oder vor Erneuerungsmaßnahmen), Sekundärprävention (Früherkennung bei Störungen und Vorbeugung: Interventionen zur Unterstützung und Stärkung von Räumen und Nutzenden) und in der Tertiärprävention (Anwendung bei bestehenden Problemfeldern, Maßnahmenkonzeption zur Entschärfung bestehender und Vorbeugung weiterführender Probleme wie bauliche Missstände oder deviantes Verhalten) werden sicherheitsrelevante Aspekte berücksichtigt.
- Um die Aspekte sinnvoll einzubinden, erfolgt die Bildung eines Kompetenzteams. Das Kompetenzteam besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Polizei und Ordnung, Stadt- und Freiraumplanung, Sozialplanung, Raummanagement und dem kommunalen Präventionsrat. Das Kompetenzteam stellt eine strukturierte Kommunikation sicher und arbeitet anlassbezogen an konkreten Ereignissen.
- Je nach Aufgabenfeld kann ein externer Expertinnen- und Expertenkreis einbezogen werden. Dieses erweiterte Kompetenzteam nimmt eine gemeinsame Zieldefinition vor und stimmt sich über die Methoden und den Einsatz von Arbeitshilfen und Kriterienkatalogen ab, mit dem Ziel, einen konsensorientierten Maßnahmenkatalog und Empfehlungen zu erarbeiten.
- Für die Vorhaben, bei denen eine polizeiliche Beteiligung sinnvoll erscheint, erstellt die zuständige Polizeidienststelle ein im Umfang abgestimmtes Lagebild, das dem Kompetenzteam zur internen Abstimmung zur Verfügung gestellt wird. Die in dem Lagebild aufgeführten Erkenntnisse werden in die weitere Planung einbezogen. Eine Weitergabe der Informationen aus diesem Lagebild an Dritte (zum Beispiel an den Bauherrn) erfolgt ausschließlich durch die Polizei.
- Auch während der Realisierungsphase sollte die Gesamtsituation beobachtet und relevante Informationen auf der Arbeitsebene ausgetauscht werden, um neu entstehenden Kriminalitätsbrennpunkten und sonstigen negativen Entwicklungen so früh wie möglich effektiv entgegen zu wirken.
- Nach Abschluss werden die getroffenen Präventionsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft. Diese Informationen werden in das Kompetenzteam getragen und bewertet. So können im Sinne eines professionellen Wohnumfeld- und Nachbarschaftsmanagements weitere kriminalpräventive Maßnahmen abgestimmt werden, um auch eine Nachhaltigkeit der positiven Effekte zu erreichen.

Datum

Stadt Braunschweig /
Kommunaler Präventionsrat

Polizeiinspektion
Braunschweig

Braunschweiger
Baugenossenschaft

Nibelungen-Wohnbau-GmbH

Baugenossenschaft Wiederaufbau eG

EMDEN

ABSICHTSERKLÄRUNG

zwischen

- der Stadt Emden
- der Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH
- der Wohnungsbaugenossenschaft Selbsthilfe eG, Emden
- der Polizeiinspektion Leer/Emden und
- dem kommunalen Präventionsrat Emden

zur Zusammenarbeit im Rahmen der Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft zur vorbeugenden Kriminalitätsverhütung

Die hier vorliegende Absichtserklärung ist hervorgegangen aus dem Forschungsprojekt „transit – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“ des Landeskriminalamt Niedersachsens und des Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).

Dieses Verbundprojekt wurde im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“, Bekanntmachung „Urbane Sicherheit“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in den Jahren 2013 - 2016 gefördert.



GEWOBA EMDEN
Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH



**POLIZEIINSPEKTION
LEER/EMDEN**



Stadt Emden

Städte sind von Diversität, Vielseitigkeit und Gegensätzen geprägt. Für die Einen bietet Urbanität ein Lebensgefühl der Freiheit, Offenheit und Unabhängigkeit, auf die Anderen wirkt sie chaotisch und laut. Mancherorts führen Delikte und Ordnungsstörungen zu einer Beeinträchtigung des nachbarschaftlichen Miteinanders. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Ansätze zur Sicherheit durch Stadtgestaltung und Management. Gefahrenorte und Angsträume als Spiegelflächen objektiver Gefahren und subjektiver (Un)Sicherheit sind nicht zwangsläufig konsistent. Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit zählt für alle Menschen zu den Grundbedürfnissen und hat für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger einen sehr hohen Stellenwert. Die Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte dient dabei als Impulsgeber für mehr Lebensqualität. Um die Sicherheit in all ihren Facetten zu erfassen, sind Akteurinnen und Akteure, Orte und Themen aufeinander abzustimmen. In der Vergangenheit haben

die Stadt Emden, die Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, die Wohnungsbaugenossenschaft Selbsthilfe eG, Emden, die Polizei, vertreten durch die Polizeiinspektion Leer/Emden und der Kommunale Präventionsrat Emden

bereits durch entsprechende organisatorische und konzeptionelle Maßnahmen die Sicherheit und die Wohnqualität für die Bürgerinnen und Bürger erhöht. Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklungen in Städten und Wohnquartieren und der prognostizierten demografischen Alterung, der ethnisch-kulturellen Heterogenisierung und der sozialräumlichen Polarisierung sollen künftig schon durch baulich/planerische Konzepte die Tatgelegenheitsstrukturen für mögliche Täterinnen und Täter minimiert und die Wohn- und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger erhöht werden. Im Rahmen einer frühzeitigen, intensiveren Zusammenarbeit eines Kernteams wird angestrebt, fachspezifische Kenntnisse in einen interdisziplinären Diskurs zu bringen. Das bedeutet, dass die Kenntnisse der Beteiligten zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Bauleitplanung einfließen sollen. Dies soll in einem dialogischen Verfahren auf der Arbeitsebene geschehen. Darüber hinaus können auch bei bestehenden baulichen Gegebenheiten durch Abstimmung und Ergänzung sowie der städtebaulichen und sozialen Maßnahmen weitere Synergieeffekte erzielt werden.

Um die Beteiligten bereits in die Planung einzubeziehen, vereinbaren die unterzeichnenden Parteien unter Beachtung einer gemeinsamen Zielsetzung folgende Vorgehensweisen:

- Bei anstehenden Themen in der Primärprävention (Feststellen sicherheitsrelevanter Kriterien in der Planungsphase oder vor Erneuerungsmaßnahmen), Sekundärprävention (Früherkennung bei Störungen und Vorbeugung: Interventionen zur Unterstützung und Stärkung von Räumen und Nutzenden) und in der Tertiärprävention (Anwendung bei bestehenden Problemfeldern, Maßnahmenkonzeption zur Entschärfung bestehender und Vorbeugung weiterführender Probleme wie bauliche Missstände oder deviantes Verhalten) werden sicherheitsrelevante Aspekte berücksichtigt.
- Um die Aspekte sinnvoll einzubinden, wird die Bildung eines Arbeitskreises „Sicherheit im Wohnumfeld“ im Kommunalen Präventionsrat empfohlen. Zu diesem gehören ein Kernteam bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, des Kommunalen Präventionsrates und der Stadt Emden sowie der Wohnungsunternehmen. Dieses Kernteam stellt die Plattform für den weiteren Austausch zur Verfügung.
- Je nach Aufgabenfeld wird ein externer Expertinnen- und Expertenkreis einbezogen. Dieser interdisziplinäre Kreis nimmt eine gemeinsame Zieldefinition vor und stimmt sich über die Methoden und den Einsatz von Arbeitshilfen und Kriterienkatalogen ab, mit dem Ziel, einen konsensorientierten Maßnahmenkatalog und Empfehlungen zu erarbeiten.
- Für die Vorhaben, bei denen eine polizeiliche Beteiligung sinnvoll erscheint, stellt die zuständige Polizeidienststelle dem Arbeitskreis ein im Umfang abgestimmtes Lagebild zur Verfügung. Die in dem Lagebild aufgeführten Erkenntnisse werden angemessen berücksichtigt. Eine Weitergabe der Informationen aus diesem Lagebild an Dritte (zum Beispiel an den Bauherrn) erfolgt ausschließlich durch die Polizei.
- Auch während der Realisierungsphase sollte die Gesamtsituation beobachtet und relevante Informationen auf der Arbeitsebene ausgetauscht werden, um neu entstehenden Kriminalitätsbrennpunkten und sonstigen negativen Entwicklungen so früh wie möglich effektiv entgegen zu wirken.
- Nach Abschluss werden die getroffenen Präventionsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft. Diese Informationen werden in das Kernteam getragen und bewertet. So können im Sinne eines professionellen Wohnumfeld- und Nachbarschaftsmanagements weitere kriminalpräventive Maßnahmen abgestimmt werden, um auch eine Nachhaltigkeit der positiven Effekte zu erreichen.

Datum

Stadt Emden

Wohnungsbaugenossenschaft Selbsthilfe eG, Emden

Polizeiinspektion Leer/Emden

Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH

Kommunaler Präventionsrat Emden

LÜNEBURG

ABSICHTSERKLÄRUNG

zwischen

- der Hansestadt Lüneburg
- der Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft „LüWoBau“
- der Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen und
- dem Kriminalpräventionsrat für Stadt und Landkreis Lüneburg

*zur Zusammenarbeit im Rahmen der
Berücksichtigung sicherheitsrelevanter
Aspekte in Wohnumfeld und Nachbarschaft
zur vorbeugenden Kriminalitätsverhütung*

Die hier vorliegende Absichtserklärung ist hervorgegangen aus dem Forschungsprojekt „transit – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“ des Landeskriminalamt Niedersachsens und des Deutschen Institut für Urbanistik (Difu).

Dieses Verbundprojekt wurde im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“, Bekanntmachung „Urbane Sicherheit“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in den Jahren 2013 - 2016 gefördert.

Städte sind von Diversität, Vielseitigkeit, Fortentwicklung und Gegensätzen geprägt. Für die Einen bietet Urbanität ein Lebensgefühl der Freiheit, Offenheit und Unabhängigkeit. Auf die Anderen wirkt sie chaotisch, angsteinflößend und laut. Mancherorts führen Delikte und Ordnungsstörungen zu einer Beeinträchtigung des nachbarschaftlichen Miteinanders. In diesem Spannungsfeld entstehen aber auch Ansätze zur Verbesserung der Sicherheit durch Stadtgestaltung und Sozialraummanagement. Gefahrenorte und Angsträume als Spiegelflächen objektiver Gefahren und subjektiver (Un)Sicherheit sind nicht zwangsläufig konsistent.

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit zählt zu den Grundbedürfnissen der Menschen und hat für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. Die Berücksichtigung sicherheitsrelevanter Aspekte dient dabei als Impulsgeber für mehr Lebensqualität.

Um relevante Sicherheitsbelange in allen Facetten zu erfassen, sind abgestimmte, interdisziplinäre Aktivitäten zwingend erforderlich. Erkannte Missstände, konkret oder anscheinend gefährliche Orte und perspektivische Herausforderungen können aus unterschiedlichen Fachbereichen erkannt und formuliert werden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Akteurinnen und Akteure aufgrund der Komplexität der Thematik notwendig ist, wird folgende gemeinsame Absichtserklärung abgeschlossen.

Die oben genannten Vertragspartnerinnen und Vertragspartner beschließen vor dem Hintergrund

- der dynamischen Entwicklungen in der Hansestadt Lüneburg und ihren Wohnquartieren,
- der prognostizierten demografischen Alterung der Wohnbevölkerung,
- der ethnischkulturellen Heterogenisierung
- und der sozialräumlichen Polarisierung,

künftig mit gemeinsam erarbeiteten, ganzheitlichen Konzepten die Wohn- und Lebensqualität sowie das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner der Hansestadt signifikant zu verbessern.

Im Rahmen eines Arbeitskreises werden durch frühzeitige und intensive Zusammenarbeit fachspezifische Kenntnisse in einen interdisziplinären Diskurs gebracht. Das bedeutet konkret, dass die Fachkenntnisse der Beteiligten zu einem sehr frühen Zeitpunkt in die Bauleitplanung einfließen können. Dies soll in einem dialogischen Verfahren auf der Arbeitsebene und in enger Kooperation mit den Baurägern geschehen.

Darüber hinaus werden auch bei erkannten Störungen in bestehenden Wohnquartieren die baulichen Gegebenheiten durch gemeinsame Analyse, Bewertung und Maßnahmenplanung im städtebaulichen und sozialen Bereich betrachtet.

Gemeinsame Zielsetzung und geplante Vorgehensweisen:

- Bei anstehenden Themen
 - der Primärprävention (Feststellen sicherheitsrelevanter Kriterien bereits in der Planungsphase oder vor geplanten baulichen Erneuerungs-/Umgestaltungsmaßnahmen, um mögliche Sicherheitsstörungen von vornherein zu minimieren oder auszuschließen),
 - der Sekundärprävention (frühzeitiges Erkennen von Störungen und gezielte Vorbeugung, umsichtige Interventionen zur Unterstützung und Stärkung von Räumen und deren Nutzerinnen und Nutzern) und in
 - der Tertiärprävention (Anwendung bei bestehenden, erkannten Problemfeldern, gemeinsame Maßnahmenkonzeption zur Entschärfung bestehender und Vorbeugung weiterführender Störungen durch zum Beispiel Behebung baulicher Missstände (Umgestaltung) oder abgestimmte Programme zur Vermeidung des erkannten devianten Verhaltens.

werden sicherheitsrelevante Aspekte berücksichtigt.

- Um die Aspekte sinnvoll zusammenzuführen, wird ein Arbeitskreis gegründet. Der Arbeitskreis, bestehend aus einem Kernteam aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadt- und Freiraumplanung, der Polizei, des Ordnungsamtes, des Sozialamtes und dem Kriminalpräventionsrat, stellt die Plattform für den Austausch zur Verfügung.
- Je nach Aufgabenfeld wird ein externer Expertinnen- und Expertenkreis hinzugezogen. Dieser interdisziplinäre Kreis nimmt unter Koordinierung durch das Kernteam eine gemeinsame, individuelle Zieldefinition vor und stimmt sich über die Methoden und den konkreten Einsatz von Arbeitshilfen und Kriterienkatalogen ab. Dies geschieht mit dem Ziel, einen konsensorientierten Maßnahmenkatalog sowie gemeinsame Empfehlungen (beispielsweise an den Bauräger) zu erarbeiten.
- Für die Vorhaben, bei denen die polizeiliche Lagebeurteilung von besonderer Bedeutung erscheint, erstellt die Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen ein im Umfang angemessenes, anonymisiertes Lagebild und stellt dieses dem Kernteam und gegebenenfalls dem Expertinnen- und Expertenkreis zur Verfügung. Die in dem Lagebild aufgeführten polizeilichen Erkenntnisse werden angemessen berücksichtigt. Eine Weitergabe der Informationen aus diesem Lagebild an Dritte (zum Beispiel an den Bauherrn) erfolgt nur durch die Polizei.
- Auch während der Realisierungsphase wird die Gesamtsituation beobachtet und relevante Informationen auf der Arbeitsebene ausgetauscht. Neu entstehende Kriminalitätsbrennpunkte, Angsträume und sonstige negative Entwicklungen werden auf diese Weise so früh wie möglich erkannt. Die Planung und Umsetzung effektiver Gegenmaßnahmen wird auf diese Weise zeitnah ermöglicht.

Nach Abschluss werden die getroffenen Präventionsmaßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft. Diese Informationen werden in das Kernteam getragen und bewertet. So können im Sinne eines professionellen Wohnumfeld- und Nachbarschaftsmanagements weitere kriminalpräventive Maßnahmen abgestimmt werden, um auch eine Nachhaltigkeit der positiven Effekte zu erreichen.

Datum

Hansestadt Lüneburg - Oberbürgermeister

Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft

Polizeiinspektion Lüneburg/Lüchow-Dannenberg/Uelzen

Kriminalpräventionsrat für Stadt und Landkreis Lüneburg